

NIEDERSCHRIFT

über die 16. Sitzung der Bad Königer Stadtverordnetenversammlung am 01. Februar 2018
im großen Saal der Rentmeisterei Bad König

Beginn: 20.00 Uhr

Ende: 21.45 Uhr

Anwesende:

a) von der Stadtverordnetenversammlung

Stadtverordnetenvorsteher

SPD

Thomas Seifert

Stadtverordnete

SPD

Roger Nisch

SPD

Reinhold Nisch

SPD

Bernd Gottschalk

SPD

Jürgen Pawlik

SPD

Alexandra Nisch

ZBK

Steffen Urich (ab 20.20 Uhr)

ZBK

Martin Schlingmann

ZBK

Heike Jäger

ZBK

Beate Beerbohm

ZBK

Thomas Keil

ZBK

Bernd Arndt

ZBK

Karlheinz Urich

ZBK

Helga Marx

CDU

Martin Bereiter

CDU

Jochen Blatz

CDU

Markus Wangler

CDU

Svenja Siehndel

CDU

Bernhard Geist

Bündnis 90/Die Grünen Hedwig Seiler

Bündnis 90/Die Grünen Peter Krebs

Es fehlte entschuldigt:

SPD

Willi Jäckel

SPD

Eva Heldmann

SPD

Rainer Hofmann

SPD

Gerhard Zeltner

ZBK

Dr. Georg Strack

CDU

Jannis Blatz

b) vom Magistrat

Bürgermeister

parteilos

Uwe Veith

Stadtrat

SPD

Gernot Hofmann

Stadtrat

SPD

Jörg Seifert

Stadtrat

ZBK

Klaus-Dieter Kuckuk

Stadtrat

ZBK

Reinhard Baron

Stadtrat

CDU

Willi Reichert

Stadträtin

Bündnis90/Die Grünen Gerlinde Freiling

c) von der Verwaltung

Haupt- und Personalamtsleiter

Thomas Lust

Finanzabteilungsleiter

Markus Best

Schriftführerin

Anja Bundschuh

d) von der Presse

Frau Richter

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung
--

Der Stadtverordnetenvorsteher Thomas Seifert eröffnet die 16. Sitzung der Stadtverordnetenversammlung in der laufenden Legislaturperiode und begrüßt die anwesenden Damen und Herren Stadtverordneten, den Bürgermeister, die Mitglieder des Magistrats, die Mitarbeiter der Verwaltung, die Vertreterin der Presse und die Zuhörer. Anschließend stellt er die form- und fristgerecht ergangene Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Von den 27 Damen und Herren Stadtverordneten sind 20 anwesend. Herr Urich nimmt ab 20.20 Uhr an der Sitzung teil.

Der Stadtverordnetenvorsteher erläutert, dass der Antrag der ZBK-Fraktion vom 28.11.2017, hier: Hessenkasse, nicht abschließend im Haupt- und Finanzausschuss beraten wurde. Derzeit gebe es keine klaren Zahlen, das Gesetz wurde erst eingebracht, die Entscheidung vom Hessischen Landtag steht noch aus. Auch wurde vom Hessischen Finanzminister signalisiert, dass über den finanziellen Anteil der Kommunen nochmal zu beraten sein wird. Die Anträge der Kommunen auf Teilnahme sind bis zum 30.04.2018 zu stellen. Er schlägt deshalb vor, die Beratung und Beschlussfassung über diesen Antrag auf die nächste Stadtverordnetenversammlung zu verschieben.

Herr Schlingmann signalisiert für die antragstellende Fraktion sein Einverständnis. Weiter erhebt sich kein Widerspruch gegen die vorgeschlagene Vorgehensweise.

Der Bürgermeister ergänzt, dass am 09.01. ein Gespräch in dieser Sache in Wiesbaden stattgefunden hat. Genaue Details zur Hessenkasse sind noch nicht bekannt. Man will von Seiten der Stadt eine sichere Entscheidungsgrundlage abwarten. Wenn alles geklärt ist, wird entschieden welche Anträge gestellt werden.

Somit gilt folgende:

<u>Tagesordnung</u>

- 1. Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung**
- 2. Mitteilungen**
- 3. Berichte**
 - a) Berichte der Ausschussvorsitzenden
 - b) Berichte aus den Verbandsversammlungen
 - c) Eingegangene Anträge
- 4. Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2011 gemäß § 113 der hessischen Gemeindeordnung (HGO) und Entlastung des Magistrates gemäß § 114 HGO (STVV 60)**
- 5. Beratung und Beschlussfassung über die Satzung zur 5. Änderung der Friedhofsordnung (STVV 56)**
- 6. Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der ZBK-Fraktion vom 22.11.2017, hier: Gespräche mit der Volksbank Odenwald (STVV 59)**
- 7. Anfragen**

NICHTÖFFENTLICHER TEIL DER SITZUNG

- 8. Beratung und Beschlussfassung über die Ausübung des Vorkaufsrechts – Verzichtserklärung (STVV 57)**

TOP 2	Mitteilungen
--------------	---------------------

Der Bürgermeister teilt mit, dass die 21 Anfragen der ZBK-Fraktion mittlerweile beantwortet sind. Deren Beantwortung liegt schriftlich vor.

Beantwortung der Anfragen der Fraktion ZBK, eingegangen bei der Verwaltung am 05.12.2017.

1. Wann wird die Zusammenstellung über die erforderlichen Instandhaltungsmaßnahmen bei Straßen, Brücken und Kanalisation, die schon vor Monaten zugesagt worden ist, vorgelegt? Hier erfolgte mit Vorlage der Bauabt. vom 23.02.17 eine umfassende Information, welche am 07.03.17 vom Magistrat auch ausführlich beraten wurde.

2. Wie hoch sind die nach Mitteilung des Bürgermeisters wegen der „Hessenkasse“ eingefrorenen Zuweisungen aus dem Landesausgleichsstock?

Zuweisungen aus dem Landesausgleichsstock werden nicht als Fest- oder Anteilsbetrag gewährt. Deshalb können diese von der Stadt nicht prognostiziert werden. Die gemeldeten Fehlbeträge für die Antragsjahre 2009 bis 2012 belaufen sich insgesamt auf rund 7.405 TEUR. Auf Zuweisungen aus dem Landesausgleichsstock besteht allerdings kein Anspruch, dies wurde der Stadt Bad König auch schon mitgeteilt. Ob eine Zahlung an uns erfolgt ist noch offen; die Stadt versucht allerdings seit Monaten alles, um eine für Bad König positive Entscheidung herbeizuführen.

3. a) Wie ist der Sachstand zum Neubau des Kindergartens in Zell?

Es stehen weitere Gespräche mit der EGO bevor. Von dieser wurde bereits ein Grobkonzept erstellt. Man hat sich darauf verständigt, sich monatlich zu weiteren Gesprächen zu treffen. Am heutigen Tage wurde das Gelände der Kindertagesstätte in Zell in Augenschein genommen.

b) Werden für das Vorhaben KIP-Mittel eingesetzt?

Für das Projekt sind KIP-Mittel in Höhe von 620.000 € bewilligt. Es steht jedoch nicht fest, ob diese Mittel in ihrer Gesamtheit in das Projekt einfließen können. Diesbezüglich laufen derzeit weitere Ermittlungen.

c) Wurden schon Aufträge für das Vorhaben vergeben?

Es wurde nur der Auftrag für die Erstellung eines Konzeptes vergeben.

d) falls ja: Gab es alternative Angebote?

e) falls nein: Sollen alternative Angebote eingeholt werden?

4. a) Wie viele Grundstückseigentümer im Bereich des Baugebiets „Gänsbrunnen“ haben schon an die HLG verkauft bzw. sich verbindlich verpflichtet zu verkaufen?

Für 9 verkaufsbereite Grundstücke wurden Vertragsentwürfe für Kaufangebote verschickt.

Beurkundet wurden hiervon bisher 2 Verkäufe. Die Beurkundung der restlichen Angebote wird in den nächsten Wochen angestrebt. Hier besteht allerdings bei einem Grundstück die Möglichkeit, dass hier die Zuteilung eines Baugrundstückes erfolgt. Ein Grundstück soll unter Beibehaltung der Nutzung an den Gebietsrand verlegt werden.

b) Wie viele Grundstückseigentümer haben verbindlich erklärt, nicht verkaufen zu wollen?

1 bzw. 2

c) Wie soll das Leitungsrecht im Baugebiet „Gänsbrunnen“ geregelt werden?

Durch vertikale 2-geteilte Erschließung nicht erforderlich.

5. Baugebiet Magdeburger Straße: Bestehen noch Forderungen der HLG und/oder Dritter an die Stadt? Falls ja: In welcher Höhe?

Die Stadt hat hierfür Rückstellungen gebildet. Diese betragen zum 31.12.2016 insgesamt 400 TEUR.

6. Wann werden die seit langem ausstehenden Quartalsberichte über die Entwicklung des städtischen Haushalts den Stadtverordneten zugeleitet?

Für das Jahr 2016 gibt es keine solchen Haushaltsberichte, da hier bekanntlich kein genehmigter Haushalt vorlag. Die Haushaltsgenehmigung für 2017 wurde aus ebenfalls bekannten Gründen erst gegen Jahresende erteilt.

Soweit von den städtischen Gremien gewünscht, kann hier noch ein Haushaltsbericht zum 31.12.2017 vorgelegt werden.

Ab dem Jahr 2018 ist nach Einbringung des Haushaltes wieder vorgesehen, vierteljährlich über den Haushaltsvollzug zu berichten.

7. Insolvenz der ECG GmbH

a) Bestehen noch Ansprüche der Stadt wegen ausstehender Steuern, Gebühren und Abgaben?

Ja.

b) Falls ja: In welcher Höhe?

Diese Antwort unterliegt dem Steuergeheimnis.

c) Falls ja: Wurden diese Außenstände beim Insolvenzverwalter angemeldet?

Die offenen Forderungen wurden dem vorläufigen Insolvenzverwalter mitgeteilt. Da das Insolvenzverfahren noch nicht eröffnet wurde, sondern lediglich beantragt wurde, kann auch noch keine Forderungen zur Insolvenzmasse angemeldet werden.

d) Falls ja: Wann?

e) Bestanden Ansprüche der ECG GmbH bzw. von Gläubigern der ECG GmbH an die Stadt?
Falls ja: In welcher Höhe?

Ja, die Höhe unterliegt dem Datenschutz

f) Falls ja: Erfolgte Zahlungen der Stadt? An wen und in welcher Höhe? Oder wurde mit den Ansprüchen der Stadt aus Steuern, Gebühren und Abgaben aufgerechnet?

Ja. Die weitere Beantwortung unterliegt dem Datenschutz

g) Hat die Stadt Bad König wie die Kurgesellschaft Bad König GmbH auch ein Zahlungsverbot bezüglich von Ansprüchen der ECG GmbH an die Stadt auferlegt bekommen?

Ja.

h) Falls ja: Wann?

13.07.2017

i) Falls ja: Warum wurden gegen das Zahlungsverbot keine Rechtsmittel eingelegt, wenn noch offene Forderungen der Stadt aus Steuern, Gebühren und Abgaben bestanden haben?

Da zu diesem Zeitpunkt keine Rechnung von der ECG GmbH vorlag.

Bad König, 31.01.2018, Uwe Veith, Bürgermeister

Es liegt weiter eine vertrauliche Mitteilung vom 17.01.2018 schriftlich vor.

Weiter wird schriftlich ein Termin für eine Informationsveranstaltung „Wiederkehrende Straßenbeiträge“ bekannt gegeben.

Der Stadtverordnetenvorsteher teilt mit, dass aus der Verwaltung der Vorschlag kommt, die Bürgermeisterwahl auf den Termin der Landtagswahl am 28.10.2018 zu legen. Es wird eine entsprechende Vorlage für die nächste Stadtverordnetenversammlung folgen.

TOP 3 a) Berichte aus den Ausschüssen

Herr Gottschalk berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, der am 25.01.2018 getagt hat.

Frau Siehdnel berichtet aus der Sitzung des Sozial-, Sport- und Kulturausschusses, der am 24.01.2018 beraten hat.

TOP 3 b) Berichte aus den Verbandsversammlungen

Frau Seiler berichtet aus der Verbandsversammlung des Abwasserverbandes vom 20.12.2017. Ebenso berichtet sie aus zwei Verbandsversammlungen des MZVO vom 12.12.2017 und vom 30.01.2018.

Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet aus der Sitzung des Wasserbeschaffungsverbandes vom 22.01.2018.

Weiter berichtet er, in Vertretung für Willi Jäckel, aus der Sitzung des Wasserverbandes vom 14.12.2017.

Frau Marx merkt an, dass die für das letzte Quartal 2017 angekündigte Verbandsversammlung des Zweckverbandes Gemeinschaftshilfe nicht stattgefunden hat. Jetzt wurde diese für Frühjahr 2018 in Aussicht gestellt.

TOP 3 c) Eingegangene Anträge

Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen vom 04.01.2018. Betr.: Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Das Unkrautvernichtungsmittel Glyphosat wird auf öffentlichen Flächen von Bad König nicht mehr verwendet.

Der Antrag wird in den Haupt- und Finanzausschuss und in den Bau- und Planungsausschuss verwiesen.

Antrag der SPD-Fraktion vom 01.02.2018. Betr.: Hundewiese

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Der Magistrat soll prüfen, inwieweit es möglich ist, eine städtische Grünfläche in eine sogenannte Hundewiese umzuwandeln. (Modellprojekt Kernstadt).

Der Antrag wird in den Haupt- und Finanzausschuss, in den Bau- und Planungsausschuss und in den Sozial-, Sport- und Kulturausschuss verwiesen.

Antrag der SPD-Fraktion vom 01.02.2018. Betr.: Informationsveranstaltung Hessenkasse

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Der Magistrat wird beauftragt, eine Informationsveranstaltung –in Absprache mit der Verwaltung- zum Thema „Hessenkasse“ durchzuführen. Hierzu ist eine sachkundige Person einzuladen, die den Magistratsmitgliedern, den Stadtverordneten und den Ortsbeiräten die Vor- und Nachteile des Programms erläutert.

Der Antrag wird in den Magistrat verwiesen.

Antrag der SPD-Fraktion vom 01.02.2018. Betr.: Neue Quellenlage Paul Zander

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen: Der Magistrat wird beauftragt, sich mit Hannes Winter in Verbindung zu setzen, um sich hinsichtlich der Authentizität der neuen Quelle und somit der veränderten Quellenlage zu versichern.

Der Antrag wird in den Haupt- und Finanzausschuss und in den Sozial-, Sport- und Kulturausschuss verwiesen.

TOP 4 Beratung und Beschlussfassung über den Jahresabschluss 2011 gemäß § 113 der hessischen Gemeindeordnung (HGO) und Entlastung des Magistrates gemäß § 114 HGO (STVV 60)

Herr Gottschalk berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, der mit 4 Ja-Stimmen und 2 Nein-Stimmen der Stadtverordnetenversammlung empfiehlt, den Jahresabschluss und den Schlussbericht 2011 zu beschließen und dem Magistrat Entlastung zu erteilen.

1. Die Stadtverordnetenversammlung fasst folgende Beschlüsse:

- a) **Der Jahresabschluss und der Schlussbericht für das Jahr 2011 werden gemäß § 113 HGO beschlossen.**

Das ordentliche Ergebnis schließt mit einem Fehlbetrag von 1.788.819,53 €, das außerordentliche Ergebnis mit einem Überschuss von 138.604,42 € und das Gesamtergebnis dadurch mit einem Fehlbetrag von 1.650.215,11 €.

Die Bilanzsumme von Aktiva und Passiva beträgt jeweils 43.136.920,80 €.

Das ausgewiesene Eigenkapital beträgt 5.292.764,54 €.

- b) **Der Fehlbetrag des ordentlichen Ergebnisses wird auf neue Rechnung vorgetragen.**

- c) Die im Rahmen des Jahresabschlusses festgestellten Mittelüberschreitungen werden nachträglich festgestellt und nach § 100 HGO genehmigt.
- d) Die Entlastung des Magistrates gemäß § 114 HGO wird erteilt.

Abstimmungsergebnis: 13 Ja-Stimmen
(6SPD,2B90/DG,5CDU)
8 Nein-Stimmen
(ZBK)

TOP 5	Beratung und Beschlussfassung über die Satzung zur 5. Änderung der Friedhofsordnung (STVV 56)
--------------	--

Herr Gottschalk berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Der Ausschuss hat der Satzungsänderung mit 4 Ja-Stimmen und 2 Stimmenthaltungen zugestimmt.

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt die 5. Änderung der Friedhofsordnung der Stadt Bad König.

Abstimmungsergebnis: 20 Ja-Stimmen
(5SPD,2B90/DG,8ZBK,5CDU)
1 Stimmenthaltung
(SPD)

TOP 6	Beratung und Beschlussfassung über den Antrag der ZBK-Fraktion vom 22.11.2017, hier: Gespräche mit der Volksbank Odenwald (STVV 59)
--------------	--

Herr Gottschalk berichtet aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses, der dem im Wortlaut geänderten Antrag einstimmig zugestimmt hat.

Herr Schlingmann spricht für die antragstellende Fraktion. Er erläutert die Ziele des Antrages. Der im Ausschuss geänderte Beschlusstext ist im Sinne der Fraktion.

Die Stadtverordnetenversammlung fordert den Magistrat auf, einen Appell an den Kurverwaltungsrat zu richten, schnellstmöglich die Gespräche mit der Volksbank Odenwald über eine Tilgungstreckung der bestehenden Kredite der Kurgesellschaft Bad König fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis: 19 Ja-Stimmen
(6SPD,8ZBK,5CDU)
2 Nein-Stimmen
(B90/DG)

TOP 7	Anfragen
--------------	-----------------

Frau Jäger möchte wissen, warum im Stadtteil Ober-Kinzig die Altglascontainer entfernt wurden. Der Stadtverordnetenvorsteher berichtet, dass der Ortsbeirat das so gewünscht hat.

Frau Seiler erinnert an ihre Anfrage vom Oktober 2017 bezüglich der Ausgleichsflächen. Es wurde gesagt, dass sich die Bürgermeisterkreisversammlung dazu einheitlich äußern will. Der Bürgermeister erklärt, dass sich die Bürgermeisterkreisversammlung derzeit damit befasst. Man will sich auf eine einheitliche Handlungsweise verständigen. Er sagt schriftliche Beantwortung zu.

Weiter bemängelt Frau Seiler den Zustand des Hauses „Nieder-Kinziger Straße 30“ in Ober-Kinzig. Man müsse Bedenken haben, dass das Haus vollends zusammenbricht. Sie habe Fotos gemacht und werde für die nächste Sitzung eine schriftliche Anfrage vorbereiten.
Der Bürgermeister erklärt, dass dieses Anwesen unter die Zuständigkeit des Kreisbauamtes fällt. Er werde den Sachstand dort nachfragen.

Herr Reinhold Nisch möchte wissen, ob für den kürzlich gefällten Baum auf dem Bad Königer Friedhof eine Ausgleichsmaßnahme vorgesehen ist. Dies wolle er ebenso für die im letzten Jahr im Kurpark gefällten Bäume wissen.
Der Bürgermeister sagt Beantwortung der Anfragen zu.

Herr Bereiter möchte wissen, ob der Bau des Feuerwehrhauses in Nieder-Kinzig im Plan sei. Der Bürgermeister erläutert, dass es Ziel gewesen wäre im alten Jahr das Dach fertigzustellen. Dies sei aufgrund der Wetterlage nicht mehr gelungen. Im Großen und Ganzen sei man aber im Plan.

Frau Marx möchte wissen, ob Näheres zur Messerstecherei bekannt sei. Der Bürgermeister erklärt, er habe versucht anzufragen. Aus ermittlungstechnischen Gründen wurden keine weiteren Details bekannt gegeben.

Herr Steffen Urich möchte wissen, ob die Stadtverordneten die Unterlagen vom Gesprächstermin „Hessenkasse“ in Wiesbaden bekommen.
Der Bürgermeister erklärt, dass die Magistratsmitglieder die Unterlagen erhalten haben, sofern aussagekräftige Unterlagen vorhanden waren. Es wird zu diesem Thema voraussichtlich auch noch eine Informationsveranstaltung geben.

Weiter fragt Herr Steffen Urich nach dem Sachstand Spielplatz Gumpersberg.
Der Bürgermeister erklärt, dass er den Vorstellungen des Ortsbeirates nicht vorgreifen wolle. Man sei an der Sache dran.

Der Stadtverordnetenvorsteher schließt den öffentlichen Teil der Sitzung und verabschiedet die anwesenden Zuhörer und Frau Richter von der Presse.

Der Stadtverordnetenvorsteher stellt die Öffentlichkeit wieder her und teilt mit, dass die Stadtverordnetenversammlung auf ein Vorkaufsrecht verzichtet hat.

Er schließt die Sitzung um 21.45 Uhr.

	 05102
Thomas Seifert Stadtverordnetenvorsteher	Anja Bundschuh Schriftführerin